Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6661**

16. Wahlperiode 10. 10. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Renate Künast, Fritz Kuhn, Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Britta Haßelmann, Thilo Hoppe, Undine Kurth (Quedlinburg), Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6460, 16/6612 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die weitgehende internationale Ignoranz gegenüber der Entwicklung in Afghanistan hat dazu beigetragen, dass Afghanistan unter der Herrschaft des Taliban-Regimes zur wichtigsten Operationsbasis des islamistischen internationalen Terrorismus werden konnte. Nach dem 11. September 2001 konnte die internationale Staatengemeinschaft nicht weiter wegsehen. Afghanistan durfte nicht wieder zum Trainingslager internationaler Terroristen werden.

   Aber: Der „Krieg gegen den Terror“ ist militärisch nicht zu gewinnen. Deshalb hat sich die Bundesregierung u. a. mit den Petersberg-Konferenzen (2001, 2002) und der Berliner Afghanistan-Konferenz (2004) an führender Stelle für einen selbsttragenden politischen Transformationsprozess in Afghanistan eingesetzt. Der durch die Petersberger-Konferenz geschaffene Fahrplan zur Stabilisierung und Befriedung Afghanistans war ein notwendiger und guter Schritt hin zu einer dauerhaften Lösung sowohl für die aghanische Regierung wie für die internationale Sicherheit. Die UN-mandatierte International Security Assistance Force (ISAF) bildet das legitime sicherheitspolitische Rückgrat der afghanischen Regierung – nicht die Operation

Enduring Freedom (OEF). Annähernd 41 000 Soldatinnen und Soldaten aus 37 Nationen, davon ca. 16 000 US-Streitkräfte, leisten unter der Führung der NATO einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Landes.

Im Afghan Compact vom Februar 2006 übernimmt die afghanische Regierung die Verantwortung. Rund 70 Staaten bzw. internationale Organisationen haben in London zugesagt, Afghanistan in den kommenden fünf Jahren bei der Umsetzung der vereinbarten sicherheits-, innen- und entwicklungspolitischen Ziele zu unterstützen und dabei weitere 8 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Damit hat die internationale Staatengemeinschaft ihre Unterstützung bis nach den Präsidentschaftswahlen (2009), den Provinzratswahlen (2009) und den Parlamentswahlen (2010) zugesichert.

Ziel des Aufbaus selbsttragender staatlicher Strukturen ist es, die Afghaninnen und Afghanen in die Lage zu versetzen, ihre politischen und gesellschaftlichen Konflikte demokratisch legitimiert, rechtsstaatlich, gewaltfrei und unter Beachtung der universalen Menschenrechte lösen zu können. Angesichts der umfassenden Zerrüttung des Landes wird der Prozess des Wandels, der Stabilisierung und des Wiederaufbaus sehr lange dauern und von Rückschlägen begleitet sein. Gemessen an der Ausgangslage Ende 2001 haben die Menschen in Afghanistan mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft und durch ihre eigenen Anstrengungen bereits einiges erreicht.

Ein Gerüst politischer Institutionen wurde geschaffen, Regierung und Parlament in Wahlen bestätigt. Afghanische Sicherheitskräfte und staatliche Strukturen befinden sich im Aufbau. Im Medien-, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie beim Aufbau der Vekehrs- und Wasserversorgungsinfrastruktur gibt es beachtliche Fortschritte. Afghanische Frauen haben endlich mehr Freiheiten – auch wenn es bei diesen Erfolgen ein deutliches Nord/West-Süd/Ost-Gefälle gibt.

Deutschland hat als Schlüsselpartner für den landesweiten Polizeiaufbau und als führender Partner bei der Lehrkräfteausbildung bedeutsame Aufgaben übernommen. Mit einer Zusage von mehr als 900 Mio. Euro (2002 bis 2010) ist Deutschland der viertgrößte bilaterale Geber in Afghanistan. Als drittgrößter Truppensteller unterstützt die Bundeswehr ISAF mit bis zu 3 500 Soldatinnen und Soldaten, zwei von 25 regionalen Wiederaufbauteams und der Verantwortung für das Regionalkommando Nord im erheblichen Umfang. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Bundesregierung den erheblichen deutschen Beitrag nutzt, um bei den USA und unseren internationalen Partnern auf die weitere Strategie der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan Einfluss zu nehmen.

2. Der Deutsche Bundestag ist der festen Überzeugung: Die Bundeswehr darf sich heute nicht ohne weiteres aus Afghanistan zurückziehen. Der begonnene zivile Aufbau muss zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Wir sind damals eine Verantwortung für die Menschen in Afghanistan eingegangen, zu der wir stehen müssen. Ein Rückzug der Bundeswehr würde die bisher vergleichsweise stabilen Regionen im Norden Afghanistans ins Chaos zurückfallen lassen und hätte Signalwirkung für andere Länder. Angesichts der Schwäche der afghanischen Sicherheitskräfte wäre die Rückkehr des afghanischen Bürgerkrieges die Folge. So lange zum Aufbau von Polizei und Infrastrukturen noch eine militärische Absicherung erforderlich ist und so lange diese nicht vom afghanischen Militär bzw. der afghanischen Polizei gewährleistet werden kann, so lange ist der Abzug der deutschen Bundeswehreinheiten nicht vertretbar.

   Ziel muss es sein, die Anstrengungen im zivilen Bereich und beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu verstärken, damit Afghanistan bald möglichst ohne internationale Sicherheitsunterstützung auskommt. In dem

Maße, wie die Afghaninnen und Afghanen in der Lage sind, selbst für die Sicherheit im Lande zu sorgen und den Wiederaufbau abzusichern, müssen die Bundeswehr bzw. die Truppen der internationalen Gemeinschaft schrittweise abgezogen werden.

3. Im strategisch wichtigen Sicherheitssektor gibt es erhebliche strukturelle Mängel, die den Wiederaufbauprozess nicht nur extrem beeinträchtigen, sondern insgesamt gefährden. Hierzu gehören insbesondere

   - das undurchschaubare, unkontrollierbare und nachweislich kontraproduktive Nebeneinander von ISAF und OEF,
   - das zuweilen unverhältnismäßige und offensive militärische Vorgehen von OEF,
   - der wenig erfolgreiche und unterschiedlichen Leitlinien folgende Aufbau der Militär- und Polizeikräfte,
   - die mangelnden Erfolge bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Milizen,
   - die Vernachlässigung des Aufmarsch- und Rückzugsgebiets von Al Qaida, Taliban und anderen gewaltbereiten Gruppen in den paschtunischen Stammesgebieten Pakistans,
   - die anhaltend verheerenden Auswirkungen des Irak-Krieges, die die Stabilisierung Afghanistans zurückgeworfen haben,
   - die fehlenden Erfolge im Bereich der Bekämpfung der bis in die Regierungskreise reichenden afghanischen Drogenmafia und Drogenökonomie und
   - die mangelnde Aufarbeitung nach den massiven Menschrechtsverletzungen der vergangenen Kriege.

   Das jüngste Afghanistan-Konzept zeigt: Die Bundesregierung scheut, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und Afghanistan zu einem strategischen Faktor der deutschen und europäischen Außenpolitik zu machen. Sie beschränkt sich über weite Strecken auf ein „weiter so“. Der dringend erforderliche Kurswechsel bleibt aus. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine fortgesetzte Bereitstellung von Tornado-Kampfflugzeugen zu landesweiten Aufklärungszwecken für viele Abgeordnete nicht zustimmungsfähig. Die Bundesregierung duckt sich weg und betreibt symbolische Politik. Das blinde Festhalten an OEF und die fahrlässige Vernachlässigung des Polizei- und zivilen Wiederaufbaus sind Sinnbild einer in Schieflage geratenen Afghanistan-Politik unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

4. Der Beendigung der Operation Enduring Freedom in Afghanistan ist die Schlüsselfrage für einen Kurswechsel in Afghanistan. Sie wird selbst von führenden NATO-Vertretern öffentlich gefordert. Mit dem unverantwortlichen und kontraproduktiven Nebeneinander von ISAF und OEF kann man die Köpfe und Herzen der Menschen nicht gewinnen. Mit der Änderung des ISAF-Operationsplans (Dezember 2005) und der Ausdehnung der ISAF-Verantwortung auf ganz Afghanistan (Oktober 2006) operieren zwei – auch völkerrechtlich – völlig unterschiedliche Missionen im gleichen Einsatzraum.

   Die OEF-Kräfte sind im souveränen Afghanistan ein unkontrollierbarer „Staat im Staate“. Es gibt kein Stationierungsabkommen, das die Rechte regelt; gemäß dem Military Commissions Act behalten sich die USA vor, weiterhin willkürliche Verhaftungen verdächtiger Kämpfer vorzunehmen. Sie wollen weiterhin, wann immer sie es für erforderlich halten, Kommandoaktionen durchführen und afghanische Sicherheitskräfte in Kämpfe füh-

ren. Das militärische Vorgehen der OEF-Truppen gilt auch unter Bündnispartnern als besonders rücksichtslos und wird für die anhaltend hohen zivilen Opfer – vor allem bei Luftschlägen – verantwortlich gemacht. OEF-Kommandoaktionen haben auch ISAF-Kräfte wiederholt gefährdet. Es ist notwendig, gegen militante Gruppen, die die afghanische Bevölkerung terrorisieren, mit militärischen und polizeilichen Mitteln vorzugehen. Dies muss aber auf dem Boden des Völkerrechts geschehen.

5. Die Bundesregierung hat – wie sie gegenüber dem Deutschen Bundestag wiederholt behauptet hat – weder Einblick noch Einfluss auf die Operation Enduring Freedom. Gleichzeitig behauptet sie, z. B. gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, dass beide Einsätze klar zu trennen wären. Das wäre nicht erforderlich, wenn ISAF die Gesamtverantwortung für Afghanistan hätte und die Bundesregierung über die NATO-Gremien entschiedener Einfluss auf den vielbeschworenen „comprehensive approach" nehmen würde. Der Deutsche Bundestag hat keine Möglichkeit, die faktische Einhaltung der Trennung zu kontrollieren. Einen schriftlichen Evaluationsbericht über die bisherige Aufklärungstätigkeit der Tornados und die Verwendung der Ergebnisse hat die Bundesregierung trotz mehrfacher Bitten nicht vorgelegt.

6. Der stagnierende Polizei- und Justizaufbau ist die Achillesferse der Friedensstabilisierung Afghanistans. Alle Beobachter sind sich einig: Der Aufbau eines effektiven afghanischen Polizei- und Justizsystems, welches die öffentliche Ordnung wahren kann und das Vertrauen der Bevölkerung genießt, ist für den erfolgreichen Staatsaufbau in Afghanistan von strategischer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Situation der Frauen, die auf ein funktionierendes Rechtssystem besonders angewiesen sind.

   Deutschland, das seit 2002 die Federführung für den Polizeiaufbau übernommen hatte, stand dabei vor einer riesigen Herausforderung und Verantwortung. Die im Schnitt ca. 40 Beamtinnen und Beamte, die diese Aufgabe ausgeführt haben, haben mit bescheidenen 70 Mio. Euro eine qualitativ hochwertige Arbeit geleistet, die die Anerkennung des Deutschen Bundestages verdient. Angesichts des Bedarfs und der Probleme war und ist dieser Bereich bis heute personell und finanziell weit unterausgestattet.

   Das Sicherheitsvakuum hat dazu geführt, dass sich das US-Verteidigungsministerium dem Aufbau schnell einsetzbarer afghanischer Polizeikräfte angenommen hat. Die USA haben von 2002 bis 2006 ca. 2,1 Mrd. US-Dollar für den Polizeiaufbau bereitgestellt. 600 Ausbilder, davon 500 von privaten Sicherheitsunternehmen, sollten möglichst rasch möglichst viele Afghanen zur Bekämpfung von Taliban befähigen. Die bislang in wenigen Wochen ausgebildeten Hilfspolizisten wurden ohne solide Ausbildung in riskante Einsätze geschickt – mit erheblichen Opfern.

   Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die EU im Juni 2007 mit der EU-POL-Afghanistan-Mission Deutschland als Partnernation für den Aufbau der afghanischen Polizei unterstützt. Doch während die US-Regierung im Mai 2007 weitere 2,5 Mrd. US-Dollar für den Polizeiaufbau angekündigt hat und die Zahl der Polizeimentoren auf 3 500 (davon 2 500 Soldaten) erhöhen möchte, glauben die Bundesregierung und die EU, mit 195 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon 60 Deutsche, den Polizeiaufbau landesweit und verantwortlich leiten zu können. Selbst diese Sollstärke wird erst im Frühjahr nächsten Jahres erreicht sein. Deutschland hat die EU- und G8-Präsidentschaft nicht genutzt, um im strategisch wichtigen Polizei- und Justizbereich substanzielle Fortschritte zu organisieren. Dieses Defizit muss schnell beendet werden.

   Es fehlte und fehlt bis heute u. a. an einer schnell einsetzbaren und durchhaltefähigen Polizeireserve aus Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Län-

derpolizeien, die für internationale Polizeieinsätze ausgebildet und einsatzbereit ist. Obwohl dieses strukturelle Problem seit Jahren bekannt ist und bei allen internationalen Einsätzen immer offenkundiger wird, macht der Bundesminister des Innern seine politischen Hausaufgaben nicht, und nun müssen Soldaten im Ausland polizeiliche Aufgaben erledigen.

7. Das fragile Pakistan, das in der Vergangenheit über den Geheimdienst die Taliban unterstützt hat und bis heute verdächtigt wird, nicht mit aller Entschiedenheit gegen Taliban, Al Qaida und andere bewaffnete Gruppen vorzugehen, spielt für die Befriedung Afghanistans eine zentrale Rolle. Die westpakistanischen Gebiete (v. a. Waziristan) mit ihren Flüchtlingszentren und düsteren Entwicklungsperspektiven gelten als Rückzugs- und Rekrutierungsraum für Taliban und andere militante extremistische Kräfte. Eine bessere Sicherung und Überwachung der umstrittenen afghanisch-pakistanischen Grenze wird nicht ausreichen, zumal die 2 500 km lange Grenze nur schwer zu kontrollieren ist. Die 2,2 Millionen registrierten Flüchtlinge in Pakistan brauchen, wie alle afghanischen Flüchtlinge in den Nachbarländern, stärkere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

   Die im August dieses Jahres abgehaltene Friedensjirga war ein positives Beispiel regionaler Kooperation und Einbindung und sollte als Beispiel für eine strukturelle Einbindung der Nachbarstaaten in den Stabilisierungsprozess dienen. Gegenüber der politischen und militärischen Führung in Pakistan muss beharrlich darauf gedrängt werden, dass sie gegenüber terroristischen Kräften und Störern des Friedensprozess in Afghanistan mit größtmöglicher Entschiedenheit vorgeht. Weder die Lieferung von U-Booten an Pakistan noch eine Unterstützung des US-Indien-Atomdeals sind hierfür geeignete Instrumente. Vielmehr brauchen wir neue diplomatische Initiativen, um eine baldige Rückkehr Pakistans zur Demokratie und eine Beilegung des seit Jahrzehnten schwelenden Kaschmirkonfliktes zu befördern.

8. Die Bundesregierung betont in ihrem Afghanistan-Konzept, dass der zivile Wiederaufbau und die Entwicklung im Zentrum ihres Engagements stünden und die militärische Absicherung gegenüber dem zivilen Aufbau eine unterstützende Rolle habe. Davon sind wir weit entfernt. Ein Kurswechsel, der dem zivilen Wiederaufbau Vorrang gibt, ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: In den vergangenen Monaten hat sie das Missverhältnis ziviler und militärischer Aufwendungen für die Friedenssicherung in Afghanistan weiterhin verstärkt. Die Mittelerhöhung der Bundesregierung von 100 Mio. Euro in 2007 auf 125 Mio. Euro in 2008 reicht nicht aus. Afghanistan braucht 2008 mindestens eine Verdoppelung der zivilen Anstrengungen. In Anbetracht des militärischen Anteils von 487 Mio. Euro kann nicht davon gesprochen werden, dass die Bundesregierung den zivilen Wiederaufbau in den Mittelpunkt ihres Engagements stellt.

   Die Diskrepanz zwischen zivilem und militärischem Ressourceneinsatz muss weiter reduziert werden. Notwendig ist ebenfalls eine Ausweitung des zivilen Aufbaus und Engagements in den Provinzen des Südens und des Südostens. Konkrete Projekte sollten geprüft und in enger Abstimmung mit den lokalen Verwaltungsstrukturen vor Ort durchgeführt werden. Auch die Koordinierung der Aufbaubemühungen der internationalen Gemeinschaft kann und muss deutlich verbessert und die lokale Bevölkerung bei Entscheidungen wesentlich stärker einbezogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Afghan Compact beharrlich fortzuentwickeln und sich für einen vertrauensbildenden Friedensprozess einzusetzen, der auch die Nachbarstaaten einbezieht;
2. die Mittel für die deutsche zivile Aufbauhilfe 2008 auf mindestens 200 Mio. Euro zu verdoppeln und so das Missverhältnis zur Bereitstellung militärischer Ressourcen weiter abzubauen;
3. gegenüber den Bündnispartnern auf eine umgehende Beendigung der Operation Enduring Freedom in Afghanistan zu drängen. Außerhalb von ISAF darf es keine weiteren internationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan geben. Als erster Schritt sollte die Ausbildung der afghanischen Armee durch die NATO übernommen und ISAF unterstellt werden;
4. darauf zu drängen, dass alle ISAF-Truppen und die afghanischen Sicherheitskräfte unter Einhaltung des Völkerrechts mit äußerster militärischer Zurückhaltung agieren und alles unterlassen, was zu Opfern unter der Zivilbevölkerung oder einer Diskreditierung des Ansehens der internationalen Staatengemeinschaft bzw. der Zentralregierung führen könnte;
5. dem Deutschen Bundestag unverzüglich ein deutsch-afghanisches Abkommen vorzulegen, das sicherstellt, dass Personen, die von der Bundeswehr in Gewahrsam genommen und afghanischen Autoritäten überstellt werden, gemäß den Grundsätzen des Grundgesetzes und des Völkerrechts behandelt werden;
6. die deutschen personellen und finanziellen Beiträge zum Polizeiaufbau im Rahmen der EUPOL-Polizeimission zu vervielfachen, EUPOL substantiell aufzustocken, um eine zahlenmäßig und qualitativ wirksame Ausbildung afghanischer Polizistinnen und Polizisten zu gewährleisten;
7. verstärkt eine umfassende Strategie für den Umgang mit Pakistan zu entwickeln und darauf hinzuwirken, dass Pakistan nicht länger als Führungs-, Ausbildungs-, Rückzugs- und Nachschubbasis für Al Qaida, Taliban oder sonstige militante regierungsfeindliche Kräfte fungiert.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333